

Informationspflicht: Bearbeitung von Beschwerden

Informationspflichten bei einer Erhebung von Daten nach Art. 12 bis 14 DSGVO

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit

Bearbeitung von Beschwerden

2.1 Name und Kontaktdaten der Verantwortlichen

Senatorin Kristina Vogt
Die Senatorin für Wirtschaft,
Häfen und Transformation
Zweite Schlachtpforte 3

28195 Bremen

Telefon: 0421 / 361 8808
E-Mail: office@wht.bremen.de

2.2 Name und Kontaktdaten des zuständigen Sachgebietes

Referat 13 Marktangelegenheiten
Referatsleitung Joachim Ackermann
Stellvertretung Ina Delorme
Die Senatorin für Wirtschaft,
Häfen und Transformation
Zweite Schlachtpforte

28195 Bremen

Tel.: 0421 361 51296
E-Mail: marktangelegenheiten@wht.bremen.de

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Carsten Raschke
Die Senatorin für Wirtschaft,
Häfen und Transformation
Zweite Schlachtpforte 3

28195 Bremen

datenschutzbeauftragter@wht.bremen.de

Informationspflicht: Bearbeitung von Beschwerden

4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten

Zweck: *Bearbeitung von Beschwerden.*

Rechtsgrundlagen:

Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO, Die Einwilligung zur Bearbeitung der Beschwerde erfolgt aufgrund des E-Mail Versandes / der E-Mail Anfrage und möglichen Rückfragen

Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO in Verbindung mit VVKomDok

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Empfänger:in innerhalb der Organisation: Bürgerinnen und Bürger, Beschäftigte der SWHT, Abteilung 1, Beschäftigte des Referates 13 Marktangelegenheiten

Auftragsverarbeiter: Dataport AöR

Dritte: ggf. zuständige Fachbehörde

6. Herkunft und Kategorien der verarbeiteten personenbezogenen Daten

Die Daten stammen von Angaben die durch die Person, welche sich beschwert in der entsprechenden E-Mail angegeben werden.

Die personenbezogenen Daten umfassen:

Adressdaten:

- Name, Vorname
- Adresse
- Telefonnummer
- E-Mail Adresse

Beschwerdeinhalt:

- Sachverhalt
- Name eines Geschäftes
- Name eines Unternehmens / einer Institution

7. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht an ein Drittland/eine internationale Organisation übermittelt.

Informationspflicht: Bearbeitung von Beschwerden

8. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Die Daten werden gemäß den geltenden Aufbewahrungsfristen für einen Zeitraum von 3 Jahren nach Abschluss sowohl des Auskunfts- als auch des Beschwerdeverfahrens im Referat 13 sowie beim Datenschutzbeauftragten gespeichert - spätestens nach Abschluss der Maßnahme. Die personenbezogenen Daten werden bis zur Erfüllung der vertraglichen und gesetzlichen Pflichten verarbeitet. Im Anschluss sind die Organisationseinheiten verpflichtet, ihre Unterlagen dem Staatsarchiv anzubieten. Erst nach schriftlicher Freigabe durch das Staatsarchiv darf eine Löschung erfolgen.

9. Betroffenenrechte

Jede betroffene Person hat das Recht auf:

- a. Auskunft nach Art. 15 DSGVO,
- b. Berichtigung nach Art. 16 DSGVO,
- c. Löschung nach Art. 17 DSGVO,
- d. Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DSGVO
- e. Datenübertragbarkeit aus Art. 20 DSGVO sowie
- f. Recht auf Widerspruch nach Art. 21 DSGVO.

Beim Auskunftsrecht und beim Löschungsrecht gelten die Einschränkungen nach §§ 34 und 35 BDSG.

Darüber hinaus besteht ein Beschwerderecht bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde (Art.13 Abs. 2 lit. d i.V.m. Art. 14 Abs. 2 lit. d DSGVO, Art. 77 DSGVO i.V.m. § 19 BDSG).

Der Text der DSGVO findet sich im Internet unter www.dsgvo-gesetz.de sowie der Text des BDSG unter www.gesetze-im-internet.de/bdsg_2018/.

10. Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Es besteht keine gesetzliche Pflicht zur Bereitstellung personenbezogener Daten. Allerdings ist eine Rückmeldung nur möglich, wenn entsprechende Kontaktdaten übermittelt werden.

11. Automatisierte Entscheidungsfindung

Es findet keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DSGVO bei den öffentlichen Auftraggebern statt.